Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

17.03.1994 - Beschlußprotokoll 52. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
52. Sitzung
17. 03. 94
Nr. 13/721 — 13/731

Nr. 13/721

Renaturierung der Mittel- und Unterweser und ihre möglichen negativen Folgen auf den Häfenstandort Bremen-Stadt
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 22. Dezember 1993
(Drucksache 13/793)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. Januar 1994
(Drucksache 13/816)

— Aussprache —

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aussprache durch.

Nr. 13/722

Zielvorgaben für eine Renaturierung bzw. den Rückbau der Unter- und Mittelweser
Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. Februar 1994
(Drucksache 13/842)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatlichen Deputationen für Häfen, Schiffahrt und Außenhandel sowie für Umweltschutz (federführend).

Nr. 13/723

Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Sicherheit von Frauen"
Mitteilung des Senats vom 7. Dezember 1993
(Drucksache 13/726)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/724

Sicherheit und Mobilität von Frauen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP
vom 15. März 1994
(Drucksache 13/854)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Senatorin für das Bauwesen und den Senator für Stadtentwicklung auf sicherzustellen, daß

- im Rahmen von Bauleitplanungen, städtebaulicher Rahmenplanung und Verkehrskonzepten Fachfrauen an der Planung beteiligt werden,
- bei Planungen, Ausschreibungen, Wettbewerben, Gutachten, Forschungsprojekten und Angebotsgestaltungen die Kriterien „frauenfreundlich und kinderfreundlich" vorgesehen werden und in die Bewertung eingehen sowie bei der Beurteilung von Vorhaben berücksichtigt werden,
- die Interessen von Frauen bei Stadterneuerungsprojekten und Nachbesserungsprojekten im Rahmen der Zusammenarbeit von Fachressorts, Beiräten und Bewohnern besondere Berücksichtigung finden, z. B. durch modellhafte Verbesserung von Straßen und Plätzen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Senatorin für das Bauwesen auf, bis zum Herbst dieses Jahres in einem ersten Schritt eine Empfehlung zur Berücksichtigung der Belange von Frauen bei der Verkehrsplanung zu erarbeiten, die sich an Empfehlungen des hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie vom 1. August 1993 anlehnt.

   Die Richtlinie ist in Abstimmung mit der Senatorin für Arbeit und Frauen, dem Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung sowie dem Parlamentsausschuß zur Förderung der Gleichberechtigung der Frau im Lande Bremen zu erstellen.

Nr. 13/725

Sicherheit und Mobilität von Frauen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. März 1994
(Drucksache 13/861)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/726

Streichung der Feindstaaten-Klauseln
Antrag der Gruppe der DVU
vom 1. März 1994
(Drucksache 13/846)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/727

Ja zur Mutter-Rolle
Antrag (Entschließung) der Gruppe der DVU
vom 1. März 1994
(Drucksache 13/847)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 13/728

Klausuren als verbindlicher Bestandteil aller Prüfungen zum ersten Studienabschluß
Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. März 1994
(Drucksache 13/848)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die Deputation für Wissenschaft.

Nr. 13/729

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 37
vom 4. März 1994
(Drucksache 13/851)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/730

Kulturstiftung der Freien Hansestadt Bremen
Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
vom 15. Februar 1994
(Drucksache 13/836)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß es Aufgabe staatlicher Kulturpolitik sein muß, neben einer aktiven Unterstützung des kulturellen Lebens auch das Engagement von Bürgern und Unternehmen für den Kulturbetrieb im Lande Bremen nutzbar zu machen.
2. Die öffentliche Kulturfinanzierung bedarf der Ergänzung und Verstärkung durch ein flexibel und dynamisch einsetzbares Finanzierungsinstrument, daß das Privatengagement und die Wirtschaft einbezieht.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Kulturstiftung für die Freie Hansestadt Bremen einzurichten.

Nr. 13/731

Einrichtung einer „Kulturstiftung Bremen"
Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. Februar 1994
(Drucksache 13/845)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Druck: Hans Krohn, Bremen